



## **(K)Eine Idee zur inneren Sicherheit**

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**Die Menschen haben ein Grundbedürfnis nach Sicherheit. Der Staat ist verpflichtet, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen und die öffentliche Sicherheit sowie den Schutz der Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.**

Daher ist es verfassungsrechtlich geboten, dass der Staat durch die Polizei die eigene Fähigkeit und Bereitschaft sowohl zum Schutz, als auch zur Durchsetzung der Rechtsordnung nicht nur aufrecht erhält, sondern deutlich sichtbar macht. Die polizeilichen Organisationen stellen innere Sicherheit her. Diese garantiert das gesellschaftliche Leben, welches wir als Bürger als reales soziales Netzwerk benötigen. Es ist ein Ausdruck von Lebensqualität. Lebensqualität berücksichtigt politische, soziale und wirtschaftliche Faktoren wie persönliche Sicherheit sowie andere öffentliche Dienstleistungen.

Seit den 90er-Jahren gibt es parallel verlaufende Prozesse, deren Ergebnisse nun in Zeiten der „Schuldenbremse“ zu bewerten sind. Zeitgleich fehlte jeder politischen Führung im Politikfeld „innerer Sicherheit“ die Fähigkeit, längere Zeithorizonte zu planen. Fehlende programmatische Führung wurde durch betriebswirtschaftliche Steuerung ersetzt. Es war der Versuch, den Vorgaben des Haushalts Rechnung zu tragen.

**Doch diese Rechnung ging in zweifacher Hinsicht nicht auf: Der Personalabbau trifft nun auf die Ruhestandsdaten und das Netz der inneren Sicherheit weist Lücken auf.**

Während in den 70er-Jahren noch von einem „Programm der inneren Sicherheit“ gesprochen werden konnte, blieb die Innenpolitik nach der Einheit Deutschlands reaktiv.

Selbst die Ereignisse um 9/11, also die Terroranschläge des 11. September 2001, brachten für die innere Sicherheit keinen Fortschritt. Eine Serie von

Polizeiverträgen oder Ordnungspartnerschaften ersetzen keine fehlenden Impulse. Ohne Personal sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie verfasst wurden. Obwohl Arbeitsabläufe gestrafft, Kompetenzen gebündelt und Aufgaben verdichtet wurden, hat sich das Netz der inneren Sicherheit „geweitet“. Festzustellen an den gestiegenen Eigentumsdelikten; – nicht nur im Grenzraum, sondern auch in den Großstädten. Wo es an Programmatik mangelt, wird es schwer sein, Kriterien zu erklären, warum die Lebensqualität in Bad Muskau oder in Bad Tölz eine andere ist, um gegebenenfalls Polizei von dem einen an den anderen Ort zu verlagern.

Während vor Ort pragmatisch über Zuständigkeiten hinweg kooperativ zusammengearbeitet wird, fehlt es der Polizei in Deutschland insgesamt an einer strategischen Ausrichtung. Gewerkschaftlich werden wir dafür antreten, dass unsere Mitglieder nicht die Folgen ideenloser Innenpolitik

tragen müssen. Geborgenheit und Wohlfühlen der Bürgerinnen und Bürger hat mit Polizeipräsenz zu tun. Von einer verantwortlichen Politik darf einiges abverlangt werden. Jede Form von kurzatmigem Aktionismus verunsichert die Bürger, verschreckt die Wirtschaft und belastet die Mitarbeiter.

**Polizeiarbeit ist Arbeit von Menschen für Menschen. Die Lebensqualität für die Bürger hängt auch von der Qualität der Polizeiarbeit ab. Allein aus diesem Grund müssen soziale Folgen für die Menschen immer wieder abgeschätzt werden.**



Foto: GdP

### WEITERENTWICKLUNG

**Berufsbegleitender Fernstudiengang „Verwaltungsmanagement“ sollte auch in 2015 möglich sein.**

Auf Initiative der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, hat das Bundespolizeipräsidium zugesichert – neben den herkömmlichen Aufstiegsverfahren vom mittleren in den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst im Jahr 2015 – intensiv zu prüfen, erneut einen berufsbegleitenden Fernstudiengang „Verwaltungsmanagement“ anzubieten. Dazu wird kurzfristig eine Arbeitsgruppe eingerichtet, zu der auch zwei Vertreter des Bezirkspersonalrates eingeladen werden. Für uns als GdP stellt diese Entscheidungsfindung ein wichtiger Baustein für die Bemühungen der Bundespolizei zur tatsächlichen Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Belangen für unsere Kolleginnen und Kollegen dar. Die Bundespolizei kann sich damit einerseits als attraktiver Arbeitgeber beweisen sowie zugleich die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags uneingeschränkt und auf dem bisherigen Niveau fortsetzen. Die Entscheidung entspricht andererseits außerdem den Festlegungen zur Umsetzung eines Personalentwicklungskonzepts.

Mit dem berufsbegleitenden Studium „Verwaltungsmanagement“ wird für uns auch eine gewerkschaftliche Forderung aus dem Attraktivitätsprogramm III „Attraktivität für alle“ erfüllt, nämlich endlich berufsbegleitende Modelle für die Aus- und Fortbildung sowie für Aufstiegsverfahren im Rahmen des dienstlich Möglichen zu entwickeln und anzubieten. Sobald hierzu Entscheidungen vorliegen, werden wir über unsere Medien berichten.



**Gewerkschaft der Polizei (GdP):  
Demokratie verträgt keine  
Lohnsklaverei.**

Die unerträgliche Ausbeutung von Arbeitskräften in deutschen Schlachthöfen und anderen Betrieben, die Prostitution des eigenen Körpers auf den Arbeiterstrichen deutscher Großstädte und die Not, mehreren Arbeitgebern gleichzeitig verpflichtet zu sein, um den Lebensunterhalt zu decken, schaffen Bedingungen, in denen Opfer und Täter entstehen, nicht aber gleichberechtigte Partner der Wirtschaft. Solche Entwicklungen stören den sozialen Frieden in einer Demokratie.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

Illegale Beschäftigung ist eines der lukrativsten Betätigungsfelder der organisierten Kriminalität, die immer nur auf der Suche nach dem größtmöglichen Profit ist. Dabei ist es den Tätern egal, ob das große Geld mit Drogen- oder Zigarettschmuggel, Schutzgelderpressung, Menschenhandel, Betrug oder illegalen Werkverträgen verdient wird. Die mehr kriminelle und weniger betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung mit zum Teil millionenschweren Gewinnen wird von den Verbrechern zwischen Verdienstopption, Verfolgungsdruck, Entdeckungsrisiko und Strafandrohung gemacht.

Wenn diese Formen der schweren und organisierten Kriminalität den deutschen Arbeitsmarkt bedrohen, muss der Zoll, der für die wirksame Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit zuständig ist, diese Kriminalitätsphänomene auch mit den hierfür vorgesehenen polizeilichen Mitteln bekämpfen.

„Mit einer Prüfgruppe, wie wir sie z. B. bei der Deutschen Rentenversicherung, den Krankenversicherungen oder bei den Finanzbehörden der Bundesländer finden, kommen wir da nicht weiter“, erklärte Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, der auch die Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner in der Finanzkontrolle

Schwarzarbeit (FKS) auf dem DGB-Bundeskongress vertrat. „Die FKS muss dringend reformiert werden“, erläuterte hierzu sein Stellvertreter Frank Buckenhofer in einer Presseerklärung Mitte Mai 2014. „Was wir im Zoll brauchen, sind schlagkräftige finanzpolizeiliche Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungseinheiten, die in enger Verzahnung mit den übrigen Polizeibehörden des Bundes und der Länder den Kampf gegen die Arbeitsmarktmafia aufnehmen“, so Buckenhofer weiter.

Der z. B. im Verborgenen stattfindende Menschenhandel in Europa tritt erst durch die illegale Verwertung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Dunkel ans Licht. „Alleine das zeigt, wie eng Polizei und Zoll bei Menschenhandel, Schleusung und illegaler Beschäftigung zusammenarbeiten müssen“, veranschaulichte Radek in dieser GdP-Presseerklärung.

**Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit bedrohen mit ihren riesigen illegalen Gewinnen die redliche Wirtschaft und schaffen Strukturen der Ausbeutung. Ein Europa der Freiheiten und der Angleichung braucht aber Gleichberechtigung und Gerechtigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Nur so bleibt Europa stabil, sozial und demokratisch.**

**FRAU.ARM.ALT**

**A**nfang Mai 2014 fand durch die Frauengruppe der Direktionsgruppe Mitteldeutschland der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zur Fragestellung, ob Altersarmut weiblich ist, eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bezirk Sachsen sowie ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. statt.

Im Ergebnis bleibt festzustellen: Altersarmut ist weiblich. Trifft das auch den öffentlichen Dienst und insbesondere die Tarifbeschäftigten der Bundespolizei? – Ja. Trifft es die Frauen bei der Bundespolizei im Beamtenstatus? – Ja. Zurzeit gibt es ca. 84% Tarifbeschäftigte in den Entgeltgruppen (EG) 1 bis 5 bei der Bundespolizei. Als Gründe für künftige Altersarmut können u. a. benannt werden: Frauen arbeiten häufiger im

Niedriglohnsektor. Frauen arbeiten häufiger in (unfreiwilliger) Teilzeit sowie in Minijobs. Frauen sind häufiger „Hinzuverdienerinnen“.

Frauen übernehmen häufiger (unbezahlte) Familien- und Sorgearbeit. – Die Rente ist also der Spiegel unseres Erwerbslebens. Die Folge: Frauen sind wesentlich stärker von Altersarmut bedroht.

Die Kritik an der abschlagsfreien Altersrente mit 63 ist deshalb überzogen. Der Arbeitsmarkt ist nämlich auch auf die „Rente mit 67“ nicht vorbereitet und der Schutz vor Entwertung sehr langer Erwerbs-/Versicherungsbiografien auf den letzten Metern ist unabdingbar notwendig. Von daher ist es auch sinnvoll, dass die Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit (ALG-I-Zeiten) dauerhaft erfolgt. Gleiches gilt für Zeiten der Kindererziehung/Pflege sowie der



## FRAU.ARM.ALT

Arbeitslosigkeit. Die Zuerkennung dieser Zeiten als Berücksichtigung in der Rentenberechnung verbessert die Chancen für Frauen, die „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ in Anspruch nehmen zu können. „Luxusrentner“ wird es bei durchschnittlichen Renten von 1411 Euro (für Männer) bzw. 1085 Euro (für Frauen) nicht geben.

Die sogenannte „Mütterrente“ sieht vor, dass für Kinder, die ab dem 1. Januar 1992 geboren wurden, drei Jahre an Kindererziehungszeit angerechnet werden. Für jedes Jahr gibt es einen Entgeltpunkt. Neu ist, dass ab dem 1. Juli 2014 Mütter/Väter für vor 1992 geborene Kinder einen zusätzlichen Entgeltpunkt erhalten sollen. Diese Regelung soll auch für den Rentenbestand gelten. Probleme ergeben sich dadurch dennoch: So werden Ungerechtigkeiten nicht aufgehoben, sondern nur verringert und es gibt immer noch eine unterschiedliche Bewertung zwischen Ost und West. Die Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich bei geschiedenen Paaren ist noch nicht abschließend geklärt. Gleiches gilt für die Anrechnung von ggf. eigenem Einkommen aus anderer Beschäftigung.

Festzustellen bleibt jedoch: Der öffentliche Dienst in Deutschland ist weiblich. 4,62 Millionen Beschäftigte sind nämlich für öffentliche Arbeitgeber tätig. 3,06 Millionen davon sind Frauen, wovon wiederum knapp die Hälfte in Teilzeit arbeitet. 838 700

weibliche Beschäftigte sind verbeamtet; davon arbeiten 349 300 in Teilzeit. Dies trifft nur auf 71 794 der männlichen Kollegen zu. Und Frauen arbeiten am häufigsten in den Besoldungsgruppen (BesGr) A 8 bis A 13; – ab A 14 wird der öffentliche Dienst männlich. Die meisten teilzeitbeschäftigten Frauen gibt es in der BesGr A 12. Die durchschnittliche Pension von Beamtinnen im Bundesbereich beträgt 1820 Euro (für Beamte: 2320 Euro) und im Landesbereich stehen 2540 Euro (ihre männlichen Kollegen erhalten 3030 Euro).

**Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es diese skizzierten ungünstigen Wirkungen weiblicher Biografien auf die Versorgung gibt. Durch eine Mindestversorgung sollte der Altersarmut entgegengetreten werden.**

So lagen die zu erörternden Seminarthemen auf der Hand. Jeder weiß darum, was auch familienbedingte Teilzeit und Beurlaubung zur Kinderbetreuung oder Pflege eines Angehörigen nach sich ziehen kann. Auch die Rechtsprechung in Scheidungsverfahren – ab dem 1. September 2009 – zielt auf die interne und nicht mehr auf die externe Teilung von Ansprüchen sowie die Halbteilung ab. Härtefallregelungen, wie beispiels-



**Kompetenz zur Beantwortung diffiziler Fragestellungen in Persona von Ulrike Stansch (ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V.), Felizitas Miklis (Frauengruppe der DG Mitteldeutschland der GdP), Günter Rink (DG-Vorsitzender) sowie Dr. Heidi Becherer (DGB-Bezirk Sachsen).**

Foto: GdP

weise der § 27 Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG), helfen uns diesbezüglich nur bedingt weiter; und dies gilt auch für die Berechnungsmodalitäten bei einer Zusammenkunft von Rente und Pension. Die Bestimmungen des Rentenpakets werden wohl nicht auf den Beamtenbereich übertragen. Mit einer, wie auch immer geartete Anpassung im Rentenrecht ist zu rechnen. Die Ergebnisse sind abzuwarten ...

**Die Gewerkschaft der Polizei weiß nicht nur um diese Problemstellungen; – nein, ihre Verantwortlichen in den Vorständen und Personengruppen werden sich entsprechend zu unserem zu verwirklichenden Anspruch auch weiter einbringen. Diese Veranstaltung in Dresden erhellte und stellte einen „Startschuss“ dar.**

Felizitas Miklis

## SOZIALPOLITIK

**Am 23. Mai 2014 wurde das Rentenpaket vom Bundestag verabschiedet.**

Seit vielen Jahren gibt es wieder Verbesserungen für einen großen Teil der Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung. Ab dem 1. Juli 2014 kann die abschlagsfreie Rente ab 63 von denjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beantragt werden, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen. Das abschlagsfreie Rentenalter steigt parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze bis 2029 auf 65 Jahre an. Alles Wissenswerte hierzu veröffentlichten wir unter [gdpbundespolizei.de](http://gdpbundespolizei.de).

## NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

### Udo Klinger

der am 6. Mai 2014 im Alter von nur 49 Jahren nach langer Krankheit verstarb. Wir trauern um einen hochgeschätzten und anerkannten Kollegen, der als Kontroll- und Streifenbeamter seinen Dienst in der Bundespolizeiinspektion Pasewalk verrichtete. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

**Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste  
Stephan Lange – für die GdP-Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern**



**VERABSCHIEDUNGEN**

**Abschied von Josef Wilda ...**

Nach vielen Jahren als Vorsitzender sowie als stellvertretender Vorsitzender der Kreisgruppe (KG) Oerlenbach der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kassierer der GdP-Direktionsgruppe Akademie und Vorsitzender des Kontrollausschusses des GdP-Bezirks Bundespolizei verabschiedeten wir Josef Wilda in seinen wohlverdienten Ruhestand.

Wir wünschen ihm noch viele Jahre Gesundheit und Wohlergehen in den Kreise seiner Familie.

Ebenso möchten wir uns für die jahrzehntelange Tätigkeit in den verschiedenen Ebenen der Personalvertretung herzlich bedanken. Seit Bestehen des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums



**Die Oerlenbacher KG-Vorsitzende Martina Braum (links) sagt Josef Wilda (rechts) auch mit einem Präsent „Danke“.**

**Foto: GdP**

(BPOLAFZ) Oerlenbach übernahm er den Vorsitz des örtlichen Personalrates und vertrat als Vorsitzender die Interessen aller Beschäftigten. Bereits im Jahre 2009 trat er einen Schritt zurück, um seine Nachfolge bei der Einarbeitung zu unterstützen. Bereits seit 1979 war Josef, genannt Sepp, Mitglied des Personalrates in verschiedenen Funktionen und Ebenen. Die langjährigen Tätigkeiten in der Personalvertretung sind Ausdruck seines sozialen Engagements. Dem Dank und den guten Wünschen an Sepp Wilda schließen sich auf diesem Weg auch der geschäftsführende Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. **MB**

Ende April 2014 wurde der Leiter des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums (BPOLAFZ) Swisttal, Rainer Mittmann, in den Ruhestand verabschiedet. Natürlich ließ es sich auch seine Kreisgruppe (KG) BPOLAFZ Swisttal der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht nehmen, ihm anlässlich seiner Verabschiedungsfeier auch für seine 43-jährige gewerkschaftliche Treue zu danken. Zum Abschied überreichte ihm die KG-Vor-



**Ein herzliches Willkommen ergeht seitens der GdP an Carsten Westerkamp (2. von links) zusammen mit seiner Ehefrau (2. von rechts) durch Carmen Cuvelier (rechts) und Rüdiger Maas (links).**

**Fotos: GdP**



**Verabschiedung im gebührenden Rahmen (v. r. n. l.): Rüdiger Maas, Rainer Mittmann sowie seine Lebensgefährtin.**

sitzende Carmen Cuvelier eine Flasche Wein sowie eine Armbanduhr und wünschte ihm alles Gute, viel Gesundheit und eine schöne Zeit im Ruhestand.

Für den GdP-Bezirk Bundespolizei und die GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie bedankte sich Rüdiger Maas ebenfalls mit einem Geschenk bei unserem Kollegen und schloss sich den guten Wünschen an Rainer Mittmann an.

Rüdiger Maas und Carmen Cuvelier nutzten die Gelegenheit, um den neuen Dienststellenleiter Carsten Westerkamp zu begrüßen und ihm für seine neue Aufgabe alles Gute zu wünschen. Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit. **CC**

**Verabschiedung von Steffen Pilz Ende April 2014 ...**

Im Rahmen unserer Schulung für Vertrauensleute in der Kreisgruppe Halle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 28. April 2014 in Leipzig wurde unser langjähriger Vertrauensmann bei der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Leipzig, Steffen Pilz (links im Bild), in seinen wohlver-



**Foto: GdP**

dienten Ruhestand verabschiedet. Stellvertretend für den Vorstand der GdP-Kreisgruppe Halle überreichte Peter Lontzek dem zukünftigen Pensionär auch ein kleines Präsent.

Lieber Steffen, nochmals vielen Dank – auf diesem Weg – für deinen unermüdlichen Einsatz im Namen „deiner“ Gewerkschaft zur Umsetzung der Belange unserer Kolleginnen und Kollegen von deiner Kreisgruppe Bundespolizei Halle.

**Stefan Pönitsch**



## KREISGRUPPE BLUMBERG

### März im Mai: Wo gibt's denn so was?

Na, in Blumberg. - Wo denn sonst ...? Aufgrund der, bei der Bundesbereitschaftspolizei des Öfteren vorkommenden dynamischen Einsatzlagen, war es in diesem Jahr notwendig, die anlässlich des Internationalen Frauentages angesetzte alljährliche Frauenversammlung der Blumberger Vertrauensfrau der Gleichstellungsbeauftragten der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Anke Wolschke, auf den 7. Mai 2014 zu verlegen. Insofern wurde das Datum diesem Anlass „angepasst“, welches – basierend auf erste „Feedbacks“ von Teilnehmerinnen – der doch gelungenen Veranstaltung keinerlei Abbruch tat. So füllte sich der Speisesaal pünktlich um 10 Uhr mit mehr als den avisierten 80 Frauen. Ob dieser Präsenz weiteten sich die Augen des Dienststellenleiters merklich; – hatte dieser doch nicht mit einer derartigen Resonanz gerechnet. Folglich arbeitete er an der Überwindung von Platzdefiziten in Form von Tischschleppen mit und begrüßte in der Folge die Anwesenden. Das Motto „Für Frauen ist das kein Problem“ gab denn auch den Rahmen sowohl für die Versammlung, die die Blumberger mit der ihnen eigenen List zu einer tollen Veranstaltung ausweiteten, als auch für die zahlreichen Tischgespräche unter den Kolleginnen vor. Zufällig konnten wir eine Probe der kleinen Besetzung des Bundespolizeiorchesters Berlin in den Speisesaal „umleiten“, sodass ein überaus angenehmer Nebeneffekt in Gestalt eines „Liveacts“ für die Damen entstand. Bereichert wurde die Kapelle durch eine überaus talentierte Vollzugsbeamtin der 4. Einsatzhundertschaft, die mit ihren gesanglichen Darbietungen das Tüpfelchen auf den „I“-Punkt setzte.

Das größte Glück für die Teilnehmerinnen bestand jedoch darin, Nutznießerinnen einer umfangreichen Aus- und Weiterbildung hinsichtlich der Erstellung und Zubereitung eines mehr als schmackhaften Büfets sein zu dürfen, dessen Ergebnis den Gaumen schmeichelte. Ein Hoch auf die Fortbildungsplanung der Frauen und Männer unserer Standortküche! – Seid versichert, dass ihr für uns die Größten seid. Leider zeigt sich an diesem Beispiel die Notwendigkeit für ein weiteres und beständiges Streben nach Gleichstellung in der Bundespo-

lizei, mangelt es doch der Gleichstellungsbeauftragten und deren Vertrauensfrauen an einem diesbezüglichen Verfügungsfonds. Dieser Mangel wurde jedoch durch die hilfreiche finanzielle Unterstützung der Kreisgruppe der Ge-



Unsere Blumberger Vertrauensfrau Anke Wolschke (links im kleinen Bild) bei ihrer Eröffnungsrede vor einem imposanten Publikum. **Fotos: GdP**

werkschaft der Polizei ausgeglichen. Fazit: Eine gelungene Fortsetzung einer Blumberger Tradition, die bei den Anwesenden großen Anklang fand.

**Gerald Jäger**

## KREISGRUPPE WALSRODE



**Foto: GdP**

Am Sonntag, dem 27. April 2014, formierte sich – bei bestem Wetter – die Staffelmansschaft der Kreisgruppe Walsrode der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit Helmut Wiesinger, Marco Pfeiffer, Frank Tappe, Hans-Peter Schmahl und Günther Völkers, um die erreichte Zeit aus dem letzten Jahr „anzugreifen“. Der TUI-Marathon verzeichnete einen neuen Teilnehmerrekord von über 18 000 Startern. Einen krankheitsbedingten Ausfall kompensierte Günther Völkers, indem er gleich zwei Streckenabschnitte absolvierte. Somit war unser Motto „EINER FÜR ALLE“ auch gleichzeitig Programm. Mit der Gesamtzeit von 3:14 Stunden konnten wir zwar nicht die Bestmarke aus dem Vorjahr erreichen, kamen jedoch in der Mannschaftswertung auf einen hervorragenden 13. Platz (von insgesamt 302 Mannschaften) und krönten den Tag in der Altersklasse (AK) 45 mit dem 1. Platz. (von insgesamt 26 Mannschaften). – „Einer für alle“: Die GdP!

**MB**



**POLITISCHE GESPRÄCHE**

Zu zwei Gesprächen mit Bundespolitikern trafen sich Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende April sowie Mitte Mai 2014. Zum erstgenannten Termin fanden das Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) Wolfgang Gunkel (SPD), der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe (KG) Bundespolizei Chemnitz, Jörg Günther, sowie Matthias Büschel vom Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Chemnitz in Aue/Erzgebirge zusammen. Mitte Mai fand ein weiteres Treffen mit dem MdB Günter Baumann (CDU) statt. An dieser Erörterung nahmen – neben Matthias Büschel und Jörg Günther – auch Toralf Kirsten vom KG-Vorstand Bundespolizei Chemnitz sowie zwei Beamte des Polizeireviers Annaberg im Bürgerbüro des Abgeordneten teil. Vor allem

ging es um Fragen der inneren Sicherheit und Angelegenheiten der Polizeibeschäftigten bei der Bundes- und Landespolizei. Im Weiteren standen die in Unterhaltungen mit Bürgern festgestellte Trübung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sowie die teils schlechte Stimmung unter den Beschäftigten der Polizeien des Bundes und des Landes Sachsen im Mittelpunkt der

Gespräche. Anhand von mehreren Beispielen, die mit Einsparungen, aber auch nicht nachvollziehbaren Entscheidungen zu tun haben, wurden durch die GdP-Vertreter anschaulich die Kritikpunkte dargestellt. Dabei ging es u. a. auch um die Einstellungspraxis von Anwärtern bei der Landespolizei Sachsen, wie eben auch um die Reformentscheidungen.

Hauptthema zur Situation der Bundespolizei war der nicht ausreichende Sachhaushalt. Dieser hat seit 2006 fast dasselbe Volumen wie heute, also acht Jahre später. Jegliche Teuerungsraten



**Ulrich Laukner, Lutz Münnich, Günter Baumann, Toralf Kirsten, Jörg Günther, Matthias Büschel (v. l. n. r.) bei ihrer Zusammenkunft in Annaberg.**  
Fotos: GdP



**Trafen sich in Aue (v. l. n. r.): Jörg Günther, Wolfgang Gunkel und Matthias Büschel.**

blieben unberücksichtigt. Beide Innenpolitiker kennen die Problemfelder. „Die Fragen zur inneren Sicherheit müssen wir mit allen Verantwortlichen besprechen“, so Baumann und vereinbarte mit den Anwesenden, einen „Sicherheitsdialog“ durchzuführen. Aufgrund der Bedeutung des Themas wurde der 12. Juni 2014 als Termin gefunden. Dazu werden ins Landratsamt Annaberg die Innenminister und Behördenleiter beider Behörden sowie Vertreter der Wirtschaft und der GdP eingeladen.

**Jörg Günther, KG Chemnitz**

**STRIKES AND MORE**

**Strikes in Walsrode? – Etwa Arbeitsniederlegungen in Walsrode?**

Nach dem erfolgreichen Tarifabschluss Ende März waren Streiks

nicht mehr angesagt ... Sehr wohl aber Strikes auf der Bowlingbahn. Vielmehr ging es der Kreisgruppe (KG) Walsrode der Gewerkschaft der Polizei (GdP) darum, eine gelun-

gene Veranstaltung für ihre Mitglieder auf die Beine zu stellen. Aus diesem Anlass lud die Kreisgruppe Mitte Mai 2014 zum Bowling sowie zu dem Verzehr eines Gutscheins über 10 Euro ein.

Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen (Foto) nahm die Einladung dankend an. In gemütlicher Atmosphäre und abseits vom dienstlichen Alltag konnten einige Strikes auf der Bahn bejubelt werden. Dabei kam der Spaß neben den sportlichen Höchstleistungen nicht zu kurz.

Alle waren sich nach dem gemeinsamen Essen einig: Es muss eine Wiederholung geben. Mit diesem Mandat wird der Vorstand im nächsten Jahr erneut zu Strikes in Walsrode aufrufen.



Foto: GdP

**JB**



## KREISGRUPPE DEGGENDORF

### Basisarbeit auf der Landesgartenschau ...

Die Kreisgruppe (KG) Deggendorf der Gewerkschaft der Polizei (GdP) präsentierte sich im Rahmen einer Mottowoche „Bundespolizei“ auf der Donaugartenschau in Deggendorf. – Eine durchaus unübliche Veranstaltung für die Präsentation unserer Gewerkschaft. Unser Ziel war es, den Besuchern die Arbeit und vor allem die Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen in Einsätzen darzustellen. Plakate über Einsatzstunden beim Hochwassereinsatz in Deggendorf aus dem Jahr 2013 sowie die Aufzählung der bereits in 2014 abgeleiteten Einsätze verdeutlichen, wie oft und an welchen Orten die Deggendorfer Bundespolizei eingesetzt war. Angelockt durch Autogrammstunden mit der frisch gekürten Kickbox-Weltmeisterin und unserem GdP-Mitglied Julia Irmen kam man so mit vielen Menschen ins Gespräch. Da die taktische Weste und die Körper-

schutzausstattung (KSA) ausgestellt wurden, wurde sehr aussagekräftig dargestellt, welchen körperlichen Belastungen ein Polizeibeamter im Einsatz ausgesetzt ist. Wir haben übrigens niemanden gefunden, der verständnislos auf die GdP-Forderung, eine neue, leichtere KSA zu beschaffen, reagiert hat. In interessanten Gesprächen konnten die Besucher für die Themen „Angriffe auf Polizeibeamte“ und die steigende Brutalität bei diesen Angriffen sensibilisiert werden. Die meist erstaunten Besucher waren ob der Zahlen betroffen. Natürlich ließen wir uns die Gelegenheit nicht entgehen, den eigenen Beschäftigten zu zeigen, dass sich die GdP kümmert. So gab es am Samstag leckere warme Wiener; eigens im GdP-Pavillon zubereitet. Unser Vorhaben, einmal nicht direkt bei unseren Kolleginnen und Kollegen für die Leistungsfähigkeit der GdP zu werben, sondern bei der Bevölkerung um Verständnis und Unterstützung zu werben, ging auf. Ich danke Julia und



**Gefragt:** Unsere GdP-Kollegin Julia Irmen beim Interview mit einem TV-Team. Foto: GdP

Stefan Irmen für die Unterstützung. Es waren lange und kalte Tage, die aber Spaß machten.

**Siggi Maier, KG-Vorsitzender**

## BILDUNG

**Ende Mai 2014 führte die Direktionsgruppe (DG) Koblenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Schulungsmaßnahme nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) zur Thematik der „Eingruppierung und den Tarifvertrag über die Entgeltordnung des Bundes“ (TV EntgO Bund) in Fulda durch.**

Die Teilnehmer (Foto) waren – neben Personalratsmitgliedern aus dem Geschäftsbereich der Bundespolizeidirektion Koblenz – auch von anderen Dienststellen angereist. Als Referenten konnten seitens des GdP-Bundesvorstands aus der Abteilung Tarifpolitik Michaela Omari, in ihrer Funktion als Referentin Tarif, sowie Peter Ludwig, Vorsitzender der Tarifkommission des Bezirks Bundespolizei, gewonnen werden. Für die Organisation zeichnete Hans-Gerd Müller vom DG-Vorstand Koblenz verantwortlich. Mit dem Inkrafttreten des Tarifvertrages über die Entgeltordnung des Bundes (TV EntgO Bund) zum 1. Januar 2014 wurde das Eingruppierungsrecht des Tarifvertrages für den öffentlichen

Dienst (TVöD) neu geregelt. Mit diesem Tarifvertrag werden Chancen für bessere Eingruppierungen eröffnet. Es gilt nun, gemeinsam mit den personalverwaltenden Dienststellen, diese Möglichkeiten konsequent zu nutzen, damit die Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich für ihre qualifizierte Arbeit auch endlich gerecht vergütet werden. Gleichzeitig könnten die Inhalte und Ziele des Personalentwicklungskonzepts der Bundespolizei, wie Mitarbeiterzufriedenheit,

Attraktivität des Arbeitsplatzes – zumindest ansatzweise – auch auf den Tarifbereich übertragen werden. Unter den Teilnehmern herrschte Einvernehmen, dass in der nächsten Zeit die Beratung und Information unserer Kolleginnen und Kollegen zum Tarifvertrag über die Entgeltordnung des Bundes und den damit verbundenen Auswirkungen, den Schwerpunkt unseres gewerkschaftlichen und personalrätlichen Handelns darstellen wird.

**HGM**



**Foto: GdP**



## EINSATZBETREUUNG

**Direktionsgruppe (DG) Küste sowie Kreisgruppe (KG) Mecklenburg-Vorpommern (MV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.**

Ende April 2014 waren unsere stellvertretende DG-Vorsitzende Grit Georg-Dechart, der KG-Vorsitzende Stephan Lange, seine Vertreter Gerd Edinger und Daniel Emde am Bahnhof in Rostock präsent und betreuten gemeinsam mit den Kollegen des GdP-Landesbezirks MV unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich anlässlich des Fußballspiels Hansa Rostock gegen RB Leipzig im Einsatz befanden. Erneut hat sich die Zusammenarbeit bewährt und man konnte die Einsatzkräfte der Bundespolizeiinspektion Rostock, der Mobi-

len Kontroll- und Überwachungseinheit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg und die Kräfte der Landespolizei MV – stationär – am Hauptbahnhof sowie – mobil – im Stadtgebiet und am Stadion mit Kuchen und Kaffee versorgen. Damit konnte einerseits eine Brücke zu unserem Betreuungsanspruch „geschlagen“ wer-



**Mittendrin statt nur dabei, unsere engagierten Kolleginnen und Kollegen (v. l. n. r.): Stephan Lange, Grit Georg-Dechart, Erika Krause-Schöne sowie Daniel Emde.**

**Fotos: GdP**



**Die Betreuung sowie die Möglichkeit der Ansprache an die GdP-Vorstandsmitglieder wurde von unseren eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sehr gut angenommen.**

es für uns wichtig, auch die Situation vor Ort bei solchen Einsätzen mit einem großen Polizeiaufgebot wahrzunehmen.

Nicht nur der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz besuchte den GdP-Stand und äußerte sich sehr positiv über die durchgeführte Einsatzbetreuung; auch mit dem Polizeiführer, Polizeidirektor Henrichs, und dem GdP-

Landesbezirksvorsitzenden Christian Schumacher konnte man sich dort austauschen. Aktiv im Einsatz – als Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit – war Erika Krause-Schöne, die als GdP-Vorstandsmitglied und stellvertretende DG-Vorsitzende es sich nicht nehmen ließ, ebenfalls bei den Einsatzkräften vorbeizuschauen.

Was wie ein gelungener Tag mit zufriedenen Einsatzkräften in einem „ruhigen“ Einsatzverlauf bis zum Spielbeginn begann, mündete dann leider in Ausschreitungen mit mehreren verletzten Polizistinnen und Polizisten der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. – Wir hoffen, dass beim Erscheinen dieses Artikels alle Verletzten genesen sind.

**Dirk Stoß**

## VERABSCHIEDUNG

Ende Mai 2014 wurde unsere Kollegin Christine Bräuer (Bildmitte) in ihren wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Christine war – fast seit Gründung unseres GdP-Bezirks – zunächst bei der ProPolice GmbH und später bei unserem Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in verschiedenen Bereichen tätig. Sie engagierte sich zuerst im Reisegeschäft der ProPolice, um sich dann – nach Veränderung des Geschäftsbereichs der ProPolice – in die Arbeit der GdP-Geschäftsstelle in verschiedenen Bereichen profund und kollegial einzubringen; in den vergangenen Jahren als besondere Stütze im Bereich des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Dafür dankten ihr von ganzem Herzen Jörg Radek (links im Bild) sowie Karlfred Hofgesang (rechts im Bild) und wünschten ihr alles erdenklich Gute; vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Diesem Dank schließen sich nochmals auf diesem Weg alle Kolleginnen und Kollegen unserer Hildener Geschäftsstelle sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. Liebe Christine, wir wünschen dir alles erdenklich Gute für deinen neuen Lebensabschnitt; vor allem Zufriedenheit und Gesundheit.

**MS**



**Foto: GdP**

